Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 3553 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. -- Expedition Nr. 176.]

Sechsunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 234. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 22. Mai 1902.

Das Bevölkerungsproblem.

Die Zunahme der Seelenzahl ist für Deutschlands Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wächst die Bevölkerung künftig auch nur annähernd so wie jetzt, dann mehren sich die Millionen, die nur in Industrie und Handel zu beschäftigen sind, und steigt die Einfuhr von Fleisch und Brotgetreide, die zu ihrer Deckung eine entsprechende Ausfuhr von Industrieprodukten erfordert. Es verschiebt sich also der wirthschaftliche Schwerpunkt immer weiter in der Richtung auf den Industriestaat.

Ferner hängt von dem Maße, wie die Volkszahl steigt, die internationale Stellung ab. Wenn viele Deutsche auf der Erde wohnen, so setzen sie sich gegenüber den Fremden leichter durch, behaupten ihre Eigenart und spielen eine hervorragende Rolle in der Weltgeschichte. Dagegen verlieren Völker, die an Zahl stillstehen, auch an Einfluß. Hübbe-Schleiden prophezeite, 1980 würden 900 Millionen Anglo-Sachsen (Engländer und Amerikaner), 300 Millionen Russen und 150 Millionen Deutsche auf der Erde wohnen. Leroy-Beaulieu glaubte, in hundert Jahren würden die Russen und die Engländer 3—500 Millionen, die Deutschen 200 Millionen ausmachen; alle anderen europäischen Völker würden zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sein. Wie sich aber auch die Ziffern später stellen mögen, ihre Wichtigkeit für die Weltstellung eines Volkes springt in die Augen.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug im Jahre 1816 24,8 Millionen, 1855 36,1 Mill., 1871 41,0 Mill., 1900 56,4 Millionen. Die Zunahme betrug während des ganzen letzten Jahrhunderts 0,98 Proz., während sie in Frankreich nur 0,3 Proz., in den übrigen romanischen Staaten — Spanien, Portugal, Schweiz, Italien — 0,6 bis 0,8 Proz., hingegen in England 1,3 Proz., den Niederlanden, Dänemark und Norwegen rund 1 Proz. ausmachte. Eine Abnahme der Bevölkerung zeigte sich lediglich bei Irland um 0,02 Proz. Zieht man allein das letzte Dezennium in Betracht, so belief sich im Deutschen Reiche die Zunahme auf 1,3 Proz.; in der neuesten Zählungsperiode 1895/1900 stieg diese Zahl sogar auf 1,5 Proz. jährlich, der höchste Zunahmeprozentsatz unter allen Zählungsperioden des Jahrhunderts. Nimmt man auch nur 1 Proz. als Steigerung an, so tritt eine Verdoppelung in siebzig Jahren ein.

So steht Deutschland im letzten Jahrzehnt hinsichtlich der Schnelligkeit seiner Bevölkerungszunahme an der Spitze der wichtigsten Kulturstaaten Europas. Nur die Niederlande und Norwegen sowie die Balkanstaaten registriren nach ihren Zählungen ein noch rascheres Wachsthum. Eine Verlangsamung des Volkswachsthums findet sich dagegen neuerdings in England und Schottland, obwohl die Zunahmeraten auch jetzt noch ziemlich hohe sind. In Frankreich ist die Zunahme innerhalb der letzten Dezennien so geringfügig, daß sie nahezu einen Bevölkerungsstillstand bedeutet. Ueber die Gründe, die zu dieser für Frankreich bedenklichen Erscheinung führen, ist viel geschrieben worden. Nicht zum wenigsten hängt dieselbe mit dem französischen Erbrecht und mit der Eigenart der französischen Frau zusammen, die sich den Genuß der Gegenwart nur ungern verkümmern läßt.

Vorübergehend hat sich auch in Preußen ein Schatten insofern gezeigt, als die Geburtenziffer sank. Während das Mittel der Geburtenziffer 39 Prozent betrug, fiel die Zahl im Jahre 1900 auf 37,5 Prozent und erreichte damit einen Tiefstand, welcher während des Zeitraumes 1867 bis 1900 nur im Jahre 1871 — eine Folge des deutsch-französischen Krieges — übertroffen wurde. Dem Geburtenrückgang steht indeß ein Sinken der Sterbeziffer gegenüber, welches ihn ausgleicht. Außerdem ist die preußische Geburtenziffer höher als diejenige der meisten anderen Länder. In ganz Deutschland hat ein fast ununterbrochenes Steigen des Geburtenüberschusses in den Jahren 1886 bis zum Schlusse des Jahrhunderts stattgefunden, das auch zu Anfang der neunziger Jahre durch die wirthschaftliche Depression nicht gehemmt wurde. Zu Besorgnissen liegt also kein irgendwie begründeter Anlaß vor.

Auch durch das sogenannte Malthus'sche Gesetz braucht man sich zu einer pessimistischen Betrachtungsweise nicht verleiten zu lassen. Ein Verdienst hat sich Malthus allerdings dadurch erworben, daß er in wissenschaftlicher Weise den Zusammenhang der Menschenzahl mit der Ernährungsmöglichkeit betonte und die vorhandenen Grenzen der letzteren erläuterte. Er lehrt — das ist der in den beiden ersten Kapiteln seines Werkes niedergelegte Grundgedanke — daß in allem animalischen Leben die Tendenz besteht, sich über die vorhandenen Nahrungsmittel hinaus zu vermehren. Mit verschwenderischer Hand habe die Natur die Samenkörner des Lebens durch das Thier- und Pflanzenreich verstreut, doch Raum und nothwendige Nahrung sei nur knapp bemessen. Wenn alle Keime sich frei entfalten könnten, würden sie im Laufe weniger tausend Jahre Millionen Welten füllen. Die Noth aber, jenes gebieterische, alles durchdringende Gesetz der Natur, halte dieselben innerhalb bestimmter Grenzen zurück. Malthus schildert die verschiedenen Hemmnisse der Volksvermehrung, die natürlichen und die willkürlichen. Seine Zahlenformeln sind indeß falsch, und er hat die steigende Ergiebigkeit der Bodenkultur nicht genügend gewürdigt. Die Landwirthschaft schreitet fort und gewinnt dem Boden immer mehr als früher ab. Sie wird dies in um so höherem Maße thun, als der Latifundienbesitz mit seinem extensiven Betrieb dem Mittel- und Kleinbesitz mit intensivem Betriebe weicht. Man sieht, wie auch hier die Zukunftsaufgabe der inneren Kolonisation hineinspielt. Freilich vermochte der deutsche Ackerbau mit der Bevölkerungszunahme nicht Schritt zu halten; er ist zurückgeblieben, wie die wachsenden Getreideimportziffern beweisen, und wird immer weiter zurückbleiben. Dafür aber tritt das Ausland in die Bresche, das noch eine Fülle umgehobener Bodenschätze in sich birgt. Die Ertragsfähigkeit der Erde ist unendlich viel größer, als sie bisher geschätzt wurde.

Soweit wirklich von Gefahren gesprochen werden kann, bestehen sie einstweilen nur in der Möglichkeit und nicht in der Wirklichkeit. Der Möglichkeit eines über den Nahrungsspielraum hinausreichenden Bevölkerungszuwachses stehen die Möglichkeiten technischer Fortschritte, neuer Erfindungen gegenüber. Eventualitäten einer fernen Zukunft brauchen uns in der Gegenwart keineswegs zu erregen. Es ist genug, daß jedes Jahr und jedes Jahrhundert seine eigene Plage hat. Einstweilen dürfen wir uns des Kraftbeweises freuen, der in der raschen Volksvermehrung liegt. Noch sind große Volkszahl und das Wohlbefinden der Massen keine unversöhnlichen Gegensätze gewesen, noch behielt Friedrich der Große recht, wenn er in der Geschichte des siebenjährigen Krieges sagt: Comme cet axiome est certain, que le nombre des peuples fait la richesse des Etats.

In dieser Entwicklung liegt zugleich ein Trost für den Liberalismus. Denn das ist ebenfalls sicher, daß im weiteren Verlauf des geschilderten ökonomischen Prozesses die im Gewerbe thätigen Kräfte zusammen mit einer freien Bauernschaft einen höheren politischen Einfluß gewinnen müssen. Die Zeit wird kommen, wo die allmählich unterhöhlte Macht des Landadels zusammenbricht. —e.

Deutsches Reich.

Die versteinerte Wahlkreis-Eintheilung.

Bayern rüstet sich zu zeitgemäßen Reformen auf dem Gebiet des Wahlrechts. Vor einigen Tagen hat die bayerische Kammer, wie wir schon mittheilten, einstimmig einen Antrag angenommen, der sich für eine durchgreifende Aenderung des Wahlgesetzes ausspricht und Grundsätze für die Reform desselben aufstellt. Das bayerische Wahlrecht war bisher gleich, aber indirekt, und die Eintheilung der Wahlkreise beruhte auf der Volkszählung vom 1. Dez. 1875. Nunmehr soll nach Beschluß der bayerischen Kammer die direkte Wahl eingeführt werden, die Stimmzettel sollen von Amtswegen hergestellt und abgestempelt werden und für alle Parteien gleich sein, vor allem aber soll eine gleichmäßige Abgrenzung der Wahlkreise nach Maßgabe der Volkszählung vom 1. Dez. 1900 erfolgen. Die Regierung hat sich mit den Vorschlägen der Kammer einverstanden erklärt. Zu Beginn der nächsten Session soll der Gesetzentwurf eingehen, und die nächsten Wahlen werden bereits auf Grund des neuen Wahlgesetzes stattfinden.

Während derart Bayern sich den Ruhm erwirbt, mit zeitgemäßen Reformen voranzuschreiten, bleibt es im übrigen Reich und vor allem in Preußen bei den bestehenden veralteten Zuständen. Bisher hat nicht einmal eine gerechte Eintheilung der Wahlkreise trotz allen Drängens der Liberalen durchgesetzt werden können. In Bayern wird jetzt für die Abgrenzung der Wahlkreise die letzte Volkszählung zu Grunde gelegt werden. Die bestehende Eintheilung der Reichstagswahlkreise aber datirt bereits vom Jahre 1866. Seit jener Zeit haben sich die Bevölkerungsziffern außerordentlich geändert, wirthschaftliche Verschiebungen aller Art sind eingetreten, die städtische Bevölkerung hat außerordentlich zugenommen — aber die Wahlkreis-Eintheilung ist dieselbe geblieben. Die Volkszählung von 1900 hat im Reich eine Bevölkerung von 56¼ Millionen ergeben, und danach müßten bei 397 Reichstags-Abgeordneten für je **141,600** ein Reichstags-Abgeordneter gewählt werden. Alsdann hätte nach dem Ergebniß der letzten Volkszählung Berlin Anspruch auf 13 Abgeordnete statt gegenwärtig 6, Hamburg auf 5 statt 3, Breslau auf 3 statt 2, Leipzig auf 3 statt 1, München würde für sich allein 3 Abgeordnete zu wählen haben, während es jetzt seinen zweiten Abgeordneten zusammen mit einem Landbezirk wählt; Dresden würde für sich allein mindestens zwei Abgeordnete zu wählen haben, während es jetzt den zweiten Abgeordneten ebenfalls mit einem Landbezirk zusammen wählt; Frankfurt a. M. würde ohne Landgemeinden 2 Abgeordnete zu wählen haben, während es jetzt zusammen mit einem Landbezirke nur einen Abgeordneten wählt; Elberfeld wählt zusammen mit Barmen einen Abgeordneten, nach ihrer Bevölkerungsziffer müßte jede Stadt für sich einen Abgeordneten wählen. Ebenso würden Charlottenburg, Stuttgart, Altona, Halle, Dortmund für sich einen Abgeordneten wählen.

Auch abgesehen von den Großstädten, welche für sich besondere Wahlkreise bilden, ist die städtische Bevölkerung im Reichstag dadurch im Nachtheil, daß die gemischten Wahlkreise nicht diejenige Vertretung haben, zu der sie im Verhältniß zu der starken

[Nachdruck verboten.]

Zur Enthüllung des Burschenschaftsdenkmals in Eisenach.

I.

In feierlich ernster Weise erhebt sich das Burschenschaftsdenkmal, das heute unter Theilnahme von Tausenden von jungen und alten Burschenschaftern, die aus Deutschland und Oesterreich herbeigeeilt sind, feierlich enthüllt wird auf dem breiten Plateau des Westvorsprungs der Göpelskuppe. Im Rücken des Bauwerks steigt der Wald auf, den das Denkmal mit seinem Helm weit überragt. Den Besucher des Denkmals grüßt von der höchsten Höhe der gegenüberliegenden Hügelreihe der reichgegliederte Bau der Wartburg mit ihren stolzen Zinnen und Thürmen, der Wartburg, die ebenso wie das Burschenschaftsdenkmal ein weithin leuchtendes Wahrzeichen deutscher Kraft und idealen deutschen Strebens darstellt. Ideale Bestrebungen, die politisch nur so weit gefährt waren, als sie die allgemeinen deutschen Einheitsbestrebungen zum Gegenstand hatten, haben zur Gründung der deutschen Burschenschaft im Jahre 1817 geführt, und wiederum das ideale Streben, denen, die für die Verwirklichung des Burschenschaftsideals ihr Leben hingegeben hatten, eine Stätte dankbaren Gedenkens zu weihen, hat auch die erste Anregung zur Gründung des Denkmals in seiner heutigen Form gegeben. In diesem Sinne wird der Bau auf der Göpelskuppe von allen denen, die nach deutscher Art den idealen Sinn hegen und pflegen, mit freudigen Empfindungen erschaut und betrachtet werden.

Langer Jahre hat es bedurft, ehe die Idee der Denkmalsgründung ausgestaltet und der Verwirklichung entgegengeführt wurde. Wir geben in den nachfolgenden Zeilen einen kurzen Abriß des Denkwürdigen, das am heutigen Tage mit Bezug auf den Bau gesagt zu werden verdient.

Schon im Jahre 1867 war bei der 50jährigen Erinnerungsfeier des Wartburgfestes die Idee aufgetaucht, das Andenken Karl Hermann Scheidler's, eines der hervorragendsten Mitbegründer der Jenaischen Burschenschaft, durch ein Denkmal zu feiern. Diese Idee erweiterte sich allmählich zu dem allgemeineren Plane, den Begründern der Burschenschaft überhaupt ein Monument zu weihen, und dieser erweiterte Plan fand denn auch im August des Jahres 1883 durch die Enthüllung des von Adolf Donndorf geschaffenen Burschenschaftsdenkmals auf dem Eichplatze zu Jena eine schöne Verwirklichung. Die Errichtung eines Ehrenmales für die im Kriege von 1870—71 gefallenen Burschenschafter konnte aber zunächst noch nicht ernstlich ins Auge gefaßt und betrieben werden. Erst in den Jahren 1889 und 1890, nachdem die deutschen Burschenschafter sich im A. D. C. eine Gesammtorganisation geschaffen hatten, nahm die Idee eines Denkmals für gefallene Burschenschafter eine greifbare Gestalt an. 1889 wählte der A. D. C. Eisenach als Standort für das künftige Denkmal und war für dasselbe eine Summe von 25,000 M. aus. Ein junger Berliner Bildhauer, Paul Heisler, legte im August 1890 einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf zu einem Denkmal vor, das als Obelisk gedacht war und auf dem Metilstein, in der Nähe der Wartburg, seine Aufstellung finden sollte. Der Entwurf forderte jedoch einen Kostenaufwand von 150,000 M. statt der ursprünglich verwilligten 25,000 M. Auf dem Eisenacher Burschentage des Jahres 1891 wurde es aber als wünschenswerth bezeichnet, daß die Kosten die ursprünglich bestimmte Höhe nicht überschreiten sollten, und der Heisler'sche Entwurf gehörte bald der Geschichte an.

Auf dem im Mai 1894 in Eisenach abgehaltenen Burschentag wurde alsdann ein aus Angehörigen von 7 Burschenschaften bestehender Ausschuß mit dem Sitz in Berlin gewählt, welcher die Denkmalsangelegenheit zu fördern bestimmt war. Die Kosten des Denkmals sollten nunmehr 30,000 M. nicht überschreiten. Gesammelt waren bis dahin 4205 M. Bei dem damaligen Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar suchte der Ausschuß eine Audienz nach, in der der hochdenkende Fürst zu dem geplanten Denkmal Glück und Segen wünschte. Der neue Denkmalsentwurf des Berliner Architekten Möhring zeigte die Gestalt eines Aussichtsthurmes, der auf dem Wartenberge im Norden der Stadt Eisenach errichtet werden sollte, wo im Jahre 1817 die deutschen Burschenschafter symbolische Zeichen der Geistesunfreiheit und reaktionären Strebens verbrannt hatten. Inzwischen hatte die Idee des Denkmals insofern eine Aenderung erfahren, als das Denkmal nicht mehr blos den gefallenen Burschenschaftern, sondern zugleich dem Andenken der um die Wiederaufrichtung des Reichs verdienten Männer gewidmet sein sollte. Die gesammelten Gelder hatten inzwischen dank den Bemühungen des Vorsitzenden des Denkmalsausschusses cand. med. Willy Eckert, gegenwärtig Arzt in Potsdam, eine Höhe von 11,800 M. erreicht. Unter Eckert's Nachfolger erfuhr der Denkmalsentwurf abermals eine kostspieligere Ausgestaltung, indem der Plan des damaligen Regierungsbaumeisters Oskar Zeyß vom A. D. C. angenommen wurde. Das Denkmal erschien nun als ein mächtiger Thurmbau, dem sich nach Osten zu eine Ruhmeshalle der deutschen Burschenschaft in Gestalt eines Saalbaues anschloß. Am 8. Juni 1897 fand die Grundsteinlegung zu dem Denkmal auf dem Wartenberge unter großer Betheiligung alter und junger Burschenschafter statt.

Zu Pfingsten des Jahres 1898 wurde der Sitz des Denkmalausschusses von Berlin dauernd nach Eisenach verlegt, wo er später als eingetragener Verein unter dem Namen „Burschenschaftsdenkmal-Verein in Eisenach" unter Leitung des Medizinalrathes Dr. Wedemann sich die Ausführung des geplanten Werkes angelegen sein ließ. Der neue Ausschuß gab den Wartenberg als Standort des zukünftigen Denkmals auf und nahm statt seiner die östlich von Eisenach gelegene Göpelskuppe in Aussicht, die den Erben des verstorbenen Dr. Bornemann gehörte. Diese traten ein Gelände von 1 Hektar 90 Ar und 25 Quadratmeter unentgeltlich und pfandfrei an die deutsche Burschenschaft ab. Auch für den Bau der Denkmalsstraße stellten die Bornemann'schen Erben das erforderliche Areal zur Verfügung, während die Stadt Eisenach 4000 M. für die Herstellung derselben verwilligte. Inzwischen hatten sich, wie früher gegen den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020521025/fragment/page=0001

Zunahme ihrer industriellen Bevölkerung seit der ersten Wahlkreiseintheilung im Jahre 1866 berechtigt sein würden.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Preußen. Hier beruht die Eintheilung der Landtagswahlkreise für die älteren Provinzen auf der Volkszählung von 1858, für die neueren Provinzen auf derjenigen von 1867. Infolge dieser verteuerten Wahlkreiseintheilung haben die von den Junkern beherrschten Landkreise des Ostens ein durch nichts gerechtfertigtes Uebergewicht gegenüber den Städten und Industriebezirken, wofür es kommt, daß die reaktionäre konservative Partei für sich allein fast die Hälfte der Mandate im preußischen Abgeordnetenhause besitzt. Die Zusammensetzung der zweiten Kammer würde eine ganz andere sein, wenn endlich mit der veralteten Wahlkreiseintheilung aufgeräumt und die letzte Volkszählung von 1900 bei der Neuabgrenzung der Wahlkreise zu Grunde gelegt würde. So würde die Stadt Berlin 25 statt jetzt 9 erhalten, die Stadt Breslau 5 statt 3, Köln 4 statt 2, Magdeburg 3 statt 2, Frankfurt a. M. 3 statt 2, Elberfeld-Barmen 3 statt bisher 2, Stettin und Altona je 2 statt bisher 1 usw. Diese städtischen und industriellen Bezirke würden eine weit stärkere Vertretung im Abgeordnetenhause finden, und somit das agrarisch-konservative Uebergewicht in der preußischen Gesetzgebung beseitigt werden.

Nach den Pfingstferien wird im Abgeordnetenhause der Antrag Wiemer-Barth erneut zur Verhandlung kommen, der eine zeitgemäße Eintheilung der Wahlkreise fordert. Aber es ist sicher, daß die reaktionäre Mehrheit des Hauses diesen Antrag wiederum ablehnen wird, denn den Junkern geht Macht vor Recht, und was sie haben, halten sie, auch wenn der Besitztitel versteinertes Unrecht ist. □

Politisches.

* Für recht wenig intelligent muß die „Deutsche Tagesztg." ihre Leser halten, indem sie sich darüber ereifert, daß der Oberbürgermeister von Stuttgart, Gauß, das „unüberwindliche Bedürfniß empfunden zu haben scheine," seine auf dem Städtetage zu Berlin gegen die Getreidezölle gehaltene Rede in Druck erscheinen zu lassen. „Wir meinen," schreibt das Bündlerorgan u. a., daß diese Bemühungen, dem sogenannten Städtetag, bei dem die Ober- und Bürgermeister bekanntlich als Schleppenträger der Sozialdemokratie figurirt haben, eine Bedeutung zu verschaffen, auch denjenigen Personen als durchaus verfehlt erscheinen müßten, die sich dabei in die geistigen Unkosten einer rednerischen Zusammenfassung freisinniger Leitartikel gestürzt haben." Da die Rede im Amtsblatt der königlichen Bezirksbehörden erschien, so bekommt die württembergische Regierung auch gleich ihr Theil ab: Sie habe vielleicht gegen diese Verwendung ihres Amtsblattes deshalb nichts einzuwenden, weil der Oberbürgermeister den Minister des Innern in so liebevoller Weise in seiner Rede citirt hat. — Daß die Kundgebungen des Deutschen Städtetages die Agrarier arg verschnupft haben, ist kein Wunder, wobei natürlich der alte Unsinn von den „Schleppenträgern der Sozialdemokratie" mit staunenswerther Konsequenz wieder aufgetischt wird. Daß aber die „Deutsche Tagesztg." sich darüber aufhält, wenn ein im öffentlichen Leben stehender hoher Beamter die in seiner Rede entwickelten, als richtig erkannten Grundsätze weiteren Kreisen zugänglich macht, beweist, wie fehr das Blatt am Ende aller seiner Kunst ist. Oder verlangt es im Ernst wirklich, daß jedermann seine geistige Nahrung in der Politik aus agrarischen Blättern bestreite? Das wäre eine Lektüre, bei der man wirklich den „geistigen Unkosten" sprechen dürfte.

* Im Weichselgebiete von Russisch-Polen versucht man mit allen erdenklichen Mitteln gegen Deutschland zu kämpfen. Wir berichteten erst kürzlich, daß die geplante Boykottirung deutscher Waaren als vollkommen mißglückt zu betrachten sei, eine Meldung, die jetzt in russischen Blättern offen bestätigt wird. So weit geht eben das nationale Empfinden der polnischen Bevölkerung doch nicht, daß sie gegen die guten deutschen Erzeugnisse minderwerthige der ihrem Charakter sympathischen Nationen eintauschte. Die deutsche Industrie behauptet nach wie vor ihren Markt in Polen, und die hetzerischen Elemente haben sich überzeugt, daß sie dagegen nichts ausrichten können. Nun ist man aber neuerdings auf ein neues, eigenthümliches Mittel verfallen, um Deutschland die „Rache für Wreschen" fühlen zu lassen. Die Polen pflegten viel deutsche Bäder und Kurorte zu besuchen. Sie sollen nun nicht mehr in Deutschland, sondern in Galizien oder in Kurorten der westlichen Provinzen Rußlands Heilung und Erholung finden. Aber wenn schon nationales Empfinden nicht imstande ist, sie von dem Ankaufe der besseren Waaren Deutschlands zurückzuhalten, so wird die neueste Forderung nationalen Fanatismusses noch viel weniger vermögen, die Polen an dem Besuche der Orte zu hindern, an dem sie Kräftigung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit erhoffen.

* Gegenüber der Behauptung, die deutsche Regierung habe auf der Brüsseler Konferenz Oesterreich im Stich gelassen, erklärt eine Berliner Zuschrift der „Süddeutschen Reichskorrespondenz":

Als beide Mächte vor der Frage standen, ob sie dem Ergebniß der Verhandlungen mit einigen noch erreichbaren Abänderungen zustimmen oder die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz übernehmen wollten, ist es Oesterreich-Ungarn gewesen, das die Annahme der Brüsseler Beschlüsse früher als Deutschland ausgesprochen hat. Schon dieser äußerliche Umstand weist darauf hin, daß es nicht von Deutschland „im Stich gelassen" sein kann.

Diese von der „Voss. Ztg." mitgetheilte Nachricht beweist auf's deutlichste die Unhaltbarkeit auch dieser von den Gegnern des Brüsseler Abkommens ausgestreuten Behauptung.

Volkswirthschaftliches.

* Ueber den oceanischen Schiffstrust äußert sich in bemerkenswerther Weise der Direktor des Oesterreichischen Lloyd, J. Jannl, in einem Essay der „Neuen Freien Presse". Der Oesterreichische Lloyd steht dem Trust bekanntlich fern; seine Haupthäfen, Triest und Fiume, sind von der neuen Vereinigung am wenigsten bedroht. Einen um so unbefangeneren Eindruck macht das Urtheil dieses hervorragenden Sachverständigen. Jannl hebt gegenüber einer weit verbreiteten irrthümlichen Auffassung hervor, daß es sich hier nicht um eine Konkurrenz zwischen amerikanischen und englischen Schiffahrtsgesellschaften handelt, sondern um den Kampf der mächtigen amerikanischen Eisenbahnen, welche auch ohne diesen Trust in ein paar Jahren imstande gewesen waren, sich eigene Schiffe zu verschaffen, um die englischen Gesellschaften aus dem Felde zu schlagen. Unter diesen Umständen konnten die verschiedenen englischen Gesellschaften nichts Besseres thun, als diese brillante Gelegenheit auszunutzen und ihre Aktien zu den höchsten Preisen loszuschlagen, und das nicht in einem Momente, wo der Frachtenmarkt sehr gedrückt und das nordatlantische Geschäft für alle Betheiligten verlustbringend ist. Sehr beachtenswerth erscheint auch im Hinblick auf gewisse schutzzöllnerische Deklamationen das Gutachten Jannl's vom allgemein nationalökonomischen Gesichtspunkte, das in folgendem Resumee enthalten ist:

„Kombinationen, wie die Schaffung dieses Trusts, haben natürlich auch den Zweck, bessere Frachten zu erzielen, aber dies ist in Zeiten, wo auch alle Hauptindustrien sich zum Zwecke der Erreichung höherer Preise für ihre Erzeugnisse durch Kartelle, Ringe und dergleichen schützen, selbstverständlich, und man kann es auch den Schiffahrtsgesellschaften nicht verargen, wenn sie in dieser Richtung arbeiten, und statt sich durch ruinöse Konkurrenzen zu Grunde zu richten, immer mehr trachten, durch Kartelle leistungsfähig zu bleiben und auch ihren Aktionären einen gewissen Nutzen zu sichern. Uebertreibungen sind hier jedoch schwer haltbar, weil sich dies alles nach der unumstößlichen Regel von Angebot und Nachfrage von selbst ausgleicht."

Verwaltung und Rechtspflege.

* Wie von vornherein in Sachverständigenkreisen angenommen wurde, stellt sich bei den zur Zeit im Reichstagsausschuß stattfindenden Berathungen mit Vertretern der verschiedenen Zweige des Versicherungswesens heraus, daß der im genannten Amte ausgearbeitete vorläufige Entwurf eines Privatversicherungsrechts in einzelnen Theilen einer Umarbeitung wird unterzogen werden müssen. — Wir hatten seiner Zeit schon darauf hingewiesen, daß es verfehlt wäre, derartige Gesetze aus irgend welchen scheinbaren Dringlichkeitsgründen ungenügend durchzuberathen, da hierdurch nur das Gegentheil erreicht werde. Die Nachricht bestätigt vollkommen unsere auch in diesem Falle geäußerten Befürchtungen.

* Aus den soeben zur Vertheilung gelangten Berichten der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses geht hervor, daß sich die Kommission u. a. auch mit der Frage der Abänderung des § 9 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 beschäftigt hat, indem Petitionen verhandelt wurden, welche verlangten, daß auch die von dem Grundeigenthum, dem Bergbau und Gewerbebetrieb zu entrichtenden Kommunalsteuern von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden sollen. Die Kommission hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Petitionen mögen der Königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Angesichts der weitgehenden Bedeutung, welche der hier befürworteten Abänderung des Einkommensteuergesetzes beizumessen sein wird, ist es sicherlich von Werth, den prinzipiellen Standpunkt kennen zu lernen, welchen die Königl. Staatsregierung hierzu einnimmt. Der Vertreter der letzteren erinnerte daran, daß die Frage, ob die von dem Grundbesitz und dem Gewerbebetriebe zu entrichtenden Kommunalsteuern bei der Veranlagung der Einkommensteuer für abzugsfähig erachtet werden sollten oder nicht, bei der Durchberathung des Einkommensteuergesetzes im Abgeordnetenhause sehr eingehend erörtert worden sei, und ebensowenig sei bei dem Erlasse des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 unbemerkt geblieben, daß der durch § 8 des Einkommensteuergesetzes zugelassene Abzug der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit der Aufhebungsbestimmung dieser Steuern vom 1. April 1895 ab gegenstandslos wurde. Wenn man gleichwohl den Abzug der kommunalen Abgaben nicht zugelassen habe, so hätten dazu die folgenden — noch heute fortbestehenden — Gründe geführt:

1. Schon vor dem Erlasse des Einkommensteuergesetzes — unter der Herrschaft des Gesetzes von 1851 — habe in Preußen der Grundsatz bestanden, daß bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens die vom Grundbesitz und dem Gewerbebetriebe zu entrichtenden kommunalen Abgaben nicht abzugsfähig seien.

2. Die Abgabenverhältnisse seien in den einzelnen Kommunen bekanntlich außerordentlich verschieden, je nach der Größe der einzelnen Gemeinde, nach der Leistungsfähigkeit der Bewohner, nach der Vertheilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten und nach dem Maße der Erhebung von Beiträgen und Gebühren, je nach der Anzahl und Erheblichkeit derjenigen Aufgaben, deren Erfüllung die Gemeinde übernommen, je nachdem Ausgaben für bestimmte Zwecke, z. B. für Schule, Kirche, Armenpflege, auf Kommunalfonds übernommen seien oder anderen Verbänden oblägen. Lasse man den Abzug der hier in Rede stehenden kommunalen Abgaben zu, so würde dies mithin in den einzelnen Gemeinden eine außerordentlich verschiedene Wirkung ausüben.

3. Es sei allgemein anerkannter Grundsatz, daß das Steuerhoheitsrecht des Staates als das primäre dem erst abgeleiteten Steuerhoheitsrechte der Gemeinden vorangehe. Mit diesem Grundsatze wäre es nicht vereinbar, bei der Berechnung des staatssteuerpflichtigen Einkommens den einzelnen Steuerpflichtigen je nach ihrer Zugehörigkeit zu einer höhere oder niedrigere Abgabe erhebenden Gemeinde Abzüge in verschiedener Höhe zu gestatten. Noch bedenklicher aber wäre es, daß alsdann die Gemeinden durch ihre Beschlüsse über die Höhe der zu erhebenden Kommunalsteuern das Aufkommen an Staatseinkommensteuer unmittelbar beeinflussen würden.

* Für die Eintragung der Waarenzeichen von Ausländern erfordert das Gesetz das Bestehen voller Gegenseitigkeit, den Schutz des Zeichens im Heimathsstaat und die Bestellung eines Vertreters im Inland. Im übrigen und namentlich in Bezug auf die materielle Prüfung ist zwischen Aus- und Inländern kein Unterschied. Als Schutz im Heimathsstaat gilt nicht ein bloßer Schutz des Zeichens nach bürgerlichem Recht, vielmehr muß dafür ein besonderer Markenschutz erworben sein. Das angemeldete Zeichen muß mit dem im Heimathsstaat geschützten im wesentlichen identisch sein, auch darf sich der inländische Zeichenschutz lediglich auf diejenigen Waaren erstrecken, für die das Zeichen im Heimathsstaat geschützt ist. Als Staatsverträge, auf Grund deren von einer sachlichen Prüfung des Zeichens in bestimmtem Umfang abzusehen ist, kommen nur die mit Oesterreich-Ungarn, mit Italien, mit der Schweiz und mit Serbien abgeschlossenen besonderen Uebereinkommen über den gegenseitigen Patent-Muster- und Markenschutz in Betracht. Hier ist übereinstimmend festgesetzt, es dürfe die in dem Vertragsstatut geschützte Marke nicht deshalb versagt werden, weil sie den hier geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und äußere Gestaltung der Marken nicht entspreche. Diese Bestimmung greift indessen dort nicht durch, wo es sich nicht um die äußere Gestaltung, sondern um innere Eigenschaften der Marken handelt. — Bis vor kurzem waren für Anmelder, die im Inlande eine Niederlassung nicht besitzen, etwa 5000 Zeichen eingetragen worden. Unter den ausländischen europäischen Staaten sind besonders stark betheiligt Großbritannien, Frankreich, Oesterreich und die Schweiz. Von den außereuropäischen Staaten ist eine erhebliche Betheiligung nur für die Vereinigten Staaten von Amerika und für China festzustellen. Die chinesischen Zeichen sind von deutschen Firmen angemeldet, die ihren Sitz in China haben und unter deutscher Konsulargerichtsbarkeit stehen.

Parlamentarisches.

* Die in letzter Zeit vielfach erörterte Frage der Erbfolge in Schwarzburg-Rudolstadt hat das Ergebniß gehabt, daß von mehreren Landtagsmitgliedern der Erlaß eines Erbfolgegesetzes beantragt wurde, welches dem Landtag noch in dieser Session zugehen soll, um das Fürstenthum vor gleichen Konflikten, wie sie in Braunschweig und Lippe-Detmold vorgekommen sind, zu bewahren.

* Die „Deutsche Tagesztg." dementirt die Nachricht, daß der Bund der Landwirthe beabsichtige, im Wahlkreise des verstorbenen Abgeordneten Dr. Lieber einen eigenen Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen.

Parteinachrichten.

* Bei der jüngsten Reichstags-Ersatzwahl in Elbing-Marienburg zählte ein Wahlaufruf für den konservativen extrem-agrarischen Herrn v. Oldenburg-Januschau die Unterschriften von mehr als 30 Lehrern, fast ausschließlich aus dem Landkreise. Diese politische Stellungnahme der Landlehrer findet die „Preuß. Lehrerztg." nicht recht verständlich und bezeichnet es als eine Inkonsequenz, „stets über theure Lebensmittelpreise auf dem Lande zu klagen und um Gehaltsaufbesserungen zu bitten und schließlich aber einem der extremsten Lebensmittelvertheuerer zum Siege zu verhelfen." In diesem Zusammenhange redet das genannte Blatt alsdann seinen Berufsgenossen noch folgendermaßen in's Gewissen:

„Ein großer Theil der Lehrerschaft ist doch noch immer recht geduldig. Geduldig leistet man dem Wahlkarren der Kammerherren, Junker usw. Vorspanndienste, und ebenso geduldig nimmt man es hin, wenn man von demselben Herrn bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit abgekanzelt wird. Wählt nur ruhig die Volksvertreter weiter, die uns die Lebensmittel vertheuern, aber klagt dann nicht in einen Petitionen über die hohen Lebensmittelpreise!"

Nicht geringes Erstaunen ruft die Mittheilung des Rittergutsbesitzers Mack-Althof bei Ragnit hervor, nach welcher sich auch unter den Vertrauensmännern der konservativen Partei (es handelt sich hierbei um den Kreis Ragnit) 23 Lehrer befinden. In welcher Provinz wird am lebhaftesten über die unzulängliche Besoldung der Lehrer geklagt? In Ostpreußen. Wenn ein einziger ostpreußischer Kreis 23 Lehrer unter den Vertrauensmännern der konservativen Partei aufzuweisen hat, wenn im Wahlkreis Elbing-Marienburg ein Wahlaufruf für einen extremen Agrarier von etwa 30 Lehrern unterschrieben werden kann, dann sind das für die Lehrerschaft sehr eigenthümliche Zeichen. — Oder aber für gewisse Zustände in Ostelbien, die die Lehrer auf dem Lande als wenig unabhängig von den allgewaltigen Gutsherrn erscheinen lassen.

Heer und Flotte.

* S. M. S. „Hansa" ist mit dem zweiten Admiral des Kreuzergeschwaders, Contre-Admiral v. Ahlefeld, an Bord am

---

Heisler'schen, so nun auch gegen den Zeuß'schen Entwurf eine Menge von Widersprüchen erhoben. Denn daß das Denkmal mindestens 250,000 bis 300,000 M. gekostet haben würde, war ohne weiteres anzunehmen. Außerdem äußerte Großherzog Karl Alexander den bestimmt ausgesprochenen Wunsch, das Denkmal möchte in einem anderen Stile erbaut werden, damit es der gegenüberliegenden Wartburg in den Kunstformen nicht ähnele. Der A. D. C. nahm darauf Pfingsten 1899 einen neuen, von dem Dresdener Architekten Wilhelm Kreis herrührenden Denkmalsplan zur Ausführung an. Der ungefähre Kostenanschlag lautete auf 75—80,000 M., ist jedoch bedeutend überschritten worden, und die Kosten des Denkmals, dessen Enthüllung wir nunmehr feiern, dürften die Summe von 120,000 M. übersteigen.

Auf einem breiten, terrassenförmigen Unterbau erheben sich neun gewaltige Säulen, die wie knorrige Eichbäume zum Himmel emporstreben und die deutschen Burschenschaften versinnbildlichen. Sie werden zusammengehalten durch das Band „Freiheit, Ehre, Vaterland", den Wahlspruch der Burschenschaft, der in Riesenlettern in den Architrav eingemeißelt ist. Im Innenraume des Denkmals sind in weihevoller Halle hervorragende deutsche Männer verewigt, die seit Beginn des vorigen Jahrhunderts an der Einigung Deutschlands mitgearbeitet haben. Entsprechend diesem Denkmal lautet die schlichte, dem Wesen der Burschenschaft angemessene Inschrift über dem Portal

DEM GEEINTEN VATERLANDE.

Im Innern über dem Eingang ist eine Widmung angebracht, in der die deutsche Burschenschaft den um die nationale Einigung verdienten deutschen Jünglingen und Männern ihre Dankbarkeit ausspricht.

Das Kreis'sche Denkmal, das ein Sinnbild deutscher Wucht, deutscher Kraft und deutscher Begeisterung genannt werden darf, ist aus seiner Stilform wohl angepaßtem Meininger Kalkstein gebaut. Zwei Treppen mit mächtigen Rampen führen vom Geländer des Kirchsbergs zum Plateau, wo sich auf drei Stufen, von einem 5 Meter hohen Pfeilerkranz halb umschlossen, die Massen des Kundtempels emporthürmen. Auf die neun Säulen von 2,25 Meter Durchmesser und fast 14 Meter Höhe folgt der Architrav, der mit gewaltiger Kraft das Denkmal in der Höhe von 17 Metern zusammenschließt und von einem ebenso kraftvollen, schwer und schlicht gegliederten Hauptgesims in 20 Meter Höhe bekrönt ist. Auf dem Architrav erheben sich in drei Stufen der Tambour, die sechs Köpfe deutscher Männer (Hermann der Befreier, Karl der Große, Luther, Albrecht Dürer, Goethe und Beethoven), gewaltige Kragsteine und endlich der 6 Meter hohe Helm, umgeben von neun Adlern, die neun Thore bewachen. Der Helm klingt aus in einem Knauf, der mit einer Krone eine sehr entfernte Aehnlichkeit besitzt.

Im Innern der Halle, die durch schmale, zwischen den Säulen eingefügte Fenster erhellt wird, stehen die Statuen von Kaiser Wilhelm I., Karl August von Weimar, Bismarck, Moltke und Roon. Vier Gedenktafeln enthalten die Namen der 87 Burschenschafter, welche 1870—71 für das Vaterland gefallen sind. Ueber den Standbildern und Tafeln liest man die Namen von Vorläufern, Mitbegründern und Vertheidigern der Burschenschaft. Ein in tiefen Farben auf Goldgrund gehaltenes Gemälde, welches den Kampf der Asen mit den bösen Mächten darstellt, schließt das Gewölbe ab.

Die Halle hat einen Durchmesser von 9½ Meter von Fenster zu Fenster und eine Höhe von 12 Meter. Das ganze Denkmal ist 33½ Meter, mit Plateau 36 Meter hoch. Von den 6 Balkons, die zwischen den sechs Köpfen am oberen Denkmal liegen, hat man eine umfassende, herrliche Aussicht nach Eisenach, der Wartburg und dem Thüringer Wald. Das Denkmal wurde erbaut Sommer 1900 bis Pfingsten 1902 unter persönlicher Leitung seines Schöpfers Wilhelm Kreis und steht nun stolz auf Thüringer Bergeshöhe als Wahrzeichen deutscher Jugendkraft, als monumentaler Denkstein für die Verwirklichung idealen, nationalen Strebens, aus dem heraus die Burschenschaft entstanden ist und das wie sie in großer Zeit das ganze deutsche Volk beseelte und zusammenschloß.

H. W.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020521025/fragment/page=0002

21. Mai von Taku in See gegangen. — S. M. S. „Grille“ ist am 20. Mai von Kiel nach der Nordsee abgegangen. — S. M. S. „Rhein“ ist am 20. Mai auf der Reise nach Glückstadt Brunsbüttel passirt.

Ausland.

Reformvorschläge für das englische Offiziercorps.

Der Bericht des zur Prüfung der Bestimmungen über die Offiziersausbildung in London eingesetzten Ausschusses verurtheilt das gesammte bisher übliche System des militärischen Erziehungswesens, welches einer völligen Umbildung unterzogen werden müßte. Es sollen, wie vorgeschlagen wird, künftig in jedem Jahre 50 Offizierspatente an Studenten aus den englischen Kolonien vergeben werden. Hundert Patente sollen sofort an Universitätsstudenten gegeben werden, um sie zur Einschlagung der Offizierslaufbahn zu ermuthigen. Es müsse ferner Kadetten, welche einen Zuschuß von 200 Pfund jährlich haben, möglich sein, bei der Kavallerie einzutreten. Dann solle ein General-Inspecteur für das militärische Erziehungswesen ernannt werden, dessen erste Pflicht es sein würde, die militärischen Instruktionsbücher einer Revision zu unterziehen, so weit sie zu tadeln sind. Polotourniere zwischen verschiedenen Regimentern sollen verboten werden, ebenso die Sitte der Regimenter, sich Regimentskutschen und Hundemeuten zu halten.

Die Thronfrage in Serbien.

Ueber die Frage der Thronfolge in Serbien erklärte König Alexander einem Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblatts“ folgendes: „Die Feinde der Königin, deren sie unverdienterweise so manche und leider auch in Wien hat, nähren die Hoffnung, daß die Frage der Thronfolge in Serbien zu einem Zerwürfnisse in unserer Ehe führen könne. Das sind — erklären Sie dies unter Berufung auf mich — ganz aussichtslose Spekulationen. Es giebt vorläufig keine Frage der Thronfolge für Serbien, denn ich habe die Hoffnung, daß der Himmel unsere Ehe mit Nachkommen segnen werde, nicht aufgegeben. Sollten wir kinderlos bleiben, so werden wir dem Beispiele anderer kinderlosen Ehepaare folgen und ein Kind adoptiren, wohl verstanden, ein Kind, keinen ganz oder halb erwachsenen Menschen. Wir wollen, daß unser eventuelles Adoptivkind für uns als Eltern noch kindliche Gefühle fassen und daß auch wir in ihm das Wahlkind lieben können, also ein im zarten Alter zwischen zwei und vier Jahren stehendes Menschenkind! Nun rechnen Sie: in acht bis zehn Jahren ein zwei- bis vierjähriges Kind! Sie sehen also, daß derjenige, den ich einst in gesetzlichem Wege als Thronfolger vorzuschlagen gedenke und den wir selbst zum guten Serben und für seine hohe Bestimmung erziehen wollen, vorläufig noch nicht geboren ist. Es könnte nichts Verfrühteres geben, als das Problem der Thronfolge in Serbien jetzt aufzuwerfen.“

Amerikas Zollzuschlag auf russischen Zucker.

Das Oberbundesgericht in Washington bewilligte, wie der „Magd. Ztg.“ von dort telegraphirt wird, die Revision der Vorinstanz, welche die Erhebung eines Prämienzuschlagszolls auf russischen Zucker rechtfertigt. In dem Revisionsantrag heißt es, Rußlands Vergeltungsmaßregeln zerstörten fast ganz den russisch-amerikanischen Handelsverkehr.

Rußland.

Oberprokurator Pobjedonoszew hat seinen Wiesbadener Aufenthalt plötzlich abgebrochen und ist gestern nach Petersburg abgereist.

Deutscher Lehrertag.

(Original-Bericht der „Saale-Zeitung.“)

II. Hg. Chemnitz, 21. Mai.

Den ersten Vortrag hielt Hauptlehrer H. Wolgast-Hamburg über „Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung“. So gern das Kind Bilder und Puppen hat, noch stärker ist sein Drang, das, was in ihm lebt, selbst zu malen und zu gestalten. Die bisherige einseitige Verstandes- und Willensausbildung droht zu einem Hinderniß der Entwicklung zu werden. Gewiß, das Leben verlangt Menschen, tüchtig zur Arbeit, aber die Schule hat bisher ausschließlich im Dienste dieser Arbeit gestanden, als wenn es keine Genüsse im Leben gäbe. Gehen Sie in die Theater, Museen, Singspielhallen, sehen Sie sich Wohnung und Kleidung auch der Armen an und Sie werden finden einen unwiderstehlichen Drang zur Freude. Leider aber findet man die Freude an der Kunst bei den ärmeren Klassen meist als Zerrbild. Der Mensch muß daher künstlerisch erzogen werden, und zwar in unseren Schulstuben. Das Fundament unserer gesammten Arbeit ist die Anschauung. Die Kunst bildet Auge und Ohr und lehrt das Kind möglichst viele und möglichst feine Unterschiede von den Dingen wahrnehmen. Das echte Kunstwerk ist aus der Volksseele entstanden und muß national empfunden werden. Daher ist das echte Kunstwerk für ein Kind besonders geeignet, das deutsch ist nicht im politischen Parteisinne, sondern im Sinne des deutschen Denkens und der deutschen Auffassung. Daher sind die Volkslieder eine so vorzügliche Kost für das Kind. Die Landlehrer sind bei der künstlerischen Erziehung der Kinder oft im Vortheil. Zwar stehen ihnen die Kunstwerke großer Meister nicht zur Verfügung, aber die herrliche Natur haben die Landlehrer aus erster Hand. Auf Schülervorstellungen, Betrachtungen von Kunstwerken in den Museen wird die Schule nicht verzichten mögen. Hat nun aber der Lehrer einiges künstlerisches Empfinden in die Kindesseele gepflanzt, dann zerstört das Erwerbsleben mit rauher Hand die ersten Blüthen. Der Fortbildungsschule steht Dividiren mit Brüchen höher wie Empfinden für edle Musik. Die Kunst wird in den Seminaren viel zu wenig gepflegt. Wir brauchen im nächsten Jahrzehnt ein energisches Arbeiten an uns selber und ein leises vorsichtiges Versuchen an der Jugend. Es muß allmählich ein Geschlecht heranwachsen, gleich fähig zum Genuß wie zur Arbeit, das sich unter bewußter Theilnahme an der neuen Kultur des 20. Jahrhunderts seines Daseins freuen wird. (Lebh. Beifall.)

An den Vortrag knüpfte sich eine längere Debatte, deren Ergebniß war, daß die vom Referenten vorgeschlagenen Thesen abgelehnt, dagegen nachstehende Resolution Ries-Frankfurt a. M. angenommen wurde:

> Die deutsche Lehrerversammlung begrüßt die neuen kunstpädagogischen Bestrebungen mit Freude und ist überzeugt, daß Schule und Leben eine innere Bereicherung und Veredelung daraus schöpfen werden. Sie hält aber zur Zeit die neu aufgetauchten Probleme noch nicht für genügend geklärt, um jetzt schon bindende Beschlüsse fassen zu können.

Nach einer kurzen Pause sprach Lehrer F. Wolgast-Kiel über das Thema: „Wie stellen wir uns zur Einführung des Haushaltungsunterrichts in dem Lehrplan der Mädchenschulen?“ In vielen Familien herrscht ein sozialer Nothstand, verursacht durch die fehlende Wirthschaftlichkeit der Frau. Oft zwingt kärglicher Lohn des Mannes die Frau zur Lohnarbeit, 18 Prozent der Frauen müssen der Lohnarbeit im Hauptberuf nachgehen, 15 Prozent im Nebenberuf. Es berührt jedoch erfreulich, daß die übergroße Mehrzahl unserer Arbeiterfrauen sehr wohl imstande ist, ihre Mädchen in der Hauswirthschaft auszubilden. Der Haushaltungsunterricht ist wahrscheinlich kein Allheilmittel gegen die soziale Noth. Zur tüchtigen Hausfrau gehört viel mehr wie Kochen und Reinmachen. Die Frau des kleinen Mannes muß mit dem Verdienst des Mannes auskommen, sie muß rechnen, gut mit ihrer Zeit umgehen können. Aber ist denn überhaupt die Volksschule der geeignete Ort, um die Kinder im Kochen und Reinmachen zu unterrichten? Ich behaupte: nein. Das Vormachen nutzt gar nichts, weil damit kein anschaulicher Unterricht verbunden ist. Die praktischen Vorgänge am Kochherd und in der Küche am heimischen Herd werden durch den Unterricht in der Schule nicht ersetzt werden. Dazu kommt, daß die praktische Anwendung des gelernten Stoffes auf Jahre hinausgeschoben werden muß. Welche anderen Unterrichtsgegenstände soll man streichen oder einengen, um Platz für den Haushaltungsunterricht zu schaffen? In London ist dieser Unterricht eingeführt, aber die Hamburger Kinder sind durchschnittlich ein Jahr den Londoner Kindern in der Schule voraus. Den Sinn für Ordnung und Reinlichkeit muß die Schule hegen und pflegen, wollte sie damit warten bis zum Haushaltungsunterricht, dann wäre es zu spät. Dagegen ist der hauswirthschaftliche Unterricht in obligatorische Fortbildungsschulen, die auch für Mädchen eingeführt werden müssen, zu verlegen. Süddeutschlaad ist darin schon vorangegangen. Staat und Gemeinde werden sich auf die Dauer ihrer Verpflichtung nicht entziehen können, und der Haushaltungsunterricht würde in dieser allgemeinen Mädchenfortbildungsschule ein Hauptfach sein müssen. Aber sonst: Fort mit dem Hauswirthschaftsunterricht aus der Volksschule. (Beifall.)

Nach weiterer Diskussion wurden folgende Leitsätze angenommen:

1. Die allgemeine Einführung des Haushaltungsunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen ist abzulehnen, weil durch diesen Unterricht die Aufgabe der Mädchenschule als einer allgemeinen Bildungsanstalt nicht gefördert wird, der Unterricht keinem allgemeinen Bedürfniß entspricht und die hauswirthschaftliche Unterweisung der Mädchen zunächst Pflicht des Hauses ist.
2. Wo in großen Städten und Industriebezirken die sozialen Verhältnisse dem Hause die hauswirthschaftliche Unterweisung unmöglich machen, ist sie im Interesse der Erhaltung des Familienlebens der Fortbildungsschule zu überweisen.
3. Wo diese fehlt, muß die Ueberweisung in besondere Kurse unter Anlehnung an die oberen Klassen der Volksschule erfolgen.

Der erste Vorsitzende dankte sodann dem sächs. Staatsministerium und der Stadt Chemnitz für das Entgegenkommen und Unterstützung, desgleichen den verschiedenen Ausschüssen, worauf die Hauptversammlung geschlossen wurde.

Der nächste Lehrertag findet in Königsberg i. Pr. statt.

Provinzialnachrichten.

k. **Wittenberg**, 21. Mai. [Meteor.] Kürzlich fiel hier abends in der Nähe der Luthereiche an der Ecke der Kollegien- und Sedanstraße ein Meteor. Der weißglühende Stein, der etwa 10 cm lang zu sein schien, stürzte auf den Fußweg, konnte aber nicht aufgefunden werden.

k. **Wittenberg**, 21. Mai. [Ein künftiger schwerer Verbrecher.] Sechs jungen Gänsen des Maurers Fr. Rabach in Friedrichstadt sind die Zehen abgeschnitten und theilweise auch die Schwimmhäute aufgeschnitten worden. Der Verdacht, diese Thierquälerei begangen zu haben, ruht auf einem 11jährigen Schulknaben, der schon im vergangenen Jahre einem jungen Hahn die Augen ausgestochen hat.

p. **Torgau**, 21. Mai. [Gattenmord.] In Schöna bei Mockrehna hat der Arbeiter Krause seine seit einiger Zeit am Magen leidende Frau nachts im Bett erdrosselt. Er wurde am zweiten Feiertage durch den Gendarmen Merker verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängniß eingeliefert, wo er die That eingestand.

* **Halberstadt**, 21. Mai. [Ueberfall.] Der Lederfärber Kunstmann, der mit seiner Frau schon längere Zeit in Unfrieden lebt und wegen Mißhandlung ihrer Person auch schon gerichtlich bestraft ist, drang gestern abend mit einem Küchenmesser bewaffnet in deren Wohnung in der Sackstraße ein. Seiner ihm mit einem Kinde auf dem Arme entgegentretenden Frau brachte er mit dem Messer mehrere Stiche bei, von denen einer dicht an der Schlagader vorbeiging. Die Frau wurde in das städtische Krankenhaus übergeführt, dort stellten sich die Verletzungen glücklicherweise als nicht besonders gefährlich heraus. Der Gatte wurde später in einer Flaschenbierhandlung verhaftet; er war angetrunken und gab vor, von dem ganzen Vorkommniß nichts zu wissen

r. **Rudelsburg**, 21. Mai. [Die älteste deutsche Ansichtspostkarte] zeigt, wie gestern mitgetheilt, eine Ansicht der Ruine Rudelsburg. Zu jener Zeit wurden indessen hier auch Karten mit dem Porträt des weithin bekannten Wirths „Samiel“ verkauft; so liegt uns eine vom 3. April 1876 datirte, von einem Herrn Rudolf Weineck aus Halle an einen Hallenser geschriebene Postkarte vor, auf der der Wirth in Hemdsärmeln und mit einem Holzkännchen Lichtenhainer in der Hand abgebildet ist.

* **Erfurt**, 21. Mai. [Die Müllabfuhr] wird mit dem 1. Juli d. J. in städtische Regie übernommen. Bisher geschah die Abfuhr durch Privatunternehmer. Sie soll aber jetzt ebenso eingerichtet werden wie die Tonnenabfuhr, indem die Stadt die Wagen und das Personal stellt, die Fuhren dagegen an Privatunternehmer verpachtet. Auf diese Weise dürfte sich die Müllabfuhr ungleich billiger stellen als bisher, wo die Ausgaben alljährlich stiegen und in diesem Jahre die Summe von 23,000 M. erreichten.

— [Personalveränderungen in der Armee. Provinz Sachsen und thüringische Fürstenthümer. Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen.] Im aktiven Heere: Seine Majestät der König von Spanien zum Chef des 3. Magdeb. Inf.-Reg. Nr. 66 ernannt. Reuter, Major und Bat.-Commandeur im Inf.-Reg. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26, unter Beförderung zum Oberstlt. in das Kriegsministerium versetzt und mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Abtheil.-Chefs in demselben beauftragt. v. Selchow, Major aggreg. dem 7. Thür. Inf.-Reg. Nr. 96, als Bat.-Commandeur in das Inf.-Reg. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26, Leitlof, Major aggreg. dem Inf.-Reg. Prinz Louis Ferdinand von Preußen (2. Magdeburg.) Nr. 27, als Bat.-Commandeur in das 4. Bad. Inf.-Reg. Prinz Wilhelm Nr. 112 versetzt. v. Zastrow, Major à la suite des Inf.-Reg. Graf Bose (1. Thür.) Nr. 31 und Direktionsmitglied an der Kriegsakademie, der Charakter als Oberstlt. verliehen. Aschenborn, Major und Bat.-Commandeur im 3. Magdeb. Inf.-Reg. Nr. 66, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit dem 24. d. M. mit der gesetzlichen Pension zur Disp. gestellt und gleichzeitig zum Commandeur des Landw.-Bezirks Siegen ernannt. v. Schiegell, Major z. D. und Commandeur des Landw.-Bezirks Sondershausen, in gleicher Eigenschaft zum Landw.-Bezirk Gotha versetzt. Schneider, Oberstlt. z. D., zuletzt Major und Bat.-Commandeur im 3. Thür. Inf.-Reg. Nr. 71, zum Commandeur des Landw.-Bezirks Sondershausen ernannt. v. Münchow, Major aggreg. dem Kaiser Alexander Garde-Gren.-Reg. Nr. 1, mit dem 24. d. M., unter Versetzung in das 3. Magdeb. Inf.-Reg. Nr. 66, zum Bat.-Commandeur ernannt. Matthiaß, Hauptm. z. D. und Bezirksoffizier beim Landw.-Bezirk Meiningen, der Charakter als Major verliehen. Ude, Hauptm. im 2. Magdeb. Inf.-Reg. Nr. 66, unter Versetzung in das 2. Oberrhein. Inf.-Reg. Nr. 99, zum Comp.-Chef ernannt. v. Rozanski (Georg), Oberlt. im 3. Magdeb. Inf.-Reg. Nr. 66, v. Hanstein, Oberlt. im 3. Thür. Inf.-Reg. Nr. 71, zu überzähl. Hauptleuten befördert. v. d. Decken (Johann), Lt. im Inf.-Reg. Graf Bose (1. Thür.) Nr. 31, vom 1. Juni d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung beim Königs-Ulan.-Reg. (1. Hannov.) Nr. 13 kommandirt. v. Rundstedt, Oberlt. im Magdeb. Hus.-Reg. Nr. 10, zum überzähl. Rittm. befördert. Rausch, Lt. à la suite des Kür.-Reg. von Seydlitz (Magdeburg.) Nr. 7, in dem Kommando bei dem Gen.-Konsul in Cairo bis Ende Juli 1903 belassen. Herbst, Lt. im 6. Thür. Inf.-Reg. Nr. 95, kommandirt zur Dienstleistung beim Kür.-Reg. Graf Geßler (Rhein.) Nr. 8, in dieses Reg. versetzt. Jahn, Lt. im Torgauer Feld-Art.-Reg. Nr. 74, Heye, Lt. im Magdeb. Pion.-Bat. Nr. 4, zu Oberlts., vorläufig ohne Patent, befördert. Eberhard, Oberlt. im Magdeb. Pion.-Bat. Nr. 4, in die 1. Ingen.-Insp., Schreiber, Lt. im Magdeb. Pion.-Bat. Nr. 4, in die 4. Ingen.-Insp. versetzt. Tretow, Fähnr. im Inf.-Reg. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26, Boßberg, Fähnr. im Füs.-Reg. General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeburg.) Nr. 36, dieser mit Patent vom 19. Mai 1901, zu Lts., v. d. Schulenburg, Unteroff. im Ulan.-Reg. Hennigs von Treffenfeld (Altmärk.) Nr. 16, Heydenreich, Schmidt, Unteroff. im Mansf. Feld-Art.-Reg. Nr. 75, Voigt, Unteroff. im 3. Thür. Inf.-Reg. Nr. 71, Könnecke, Lategahn, Unteroff. im 7. Thür. Inf.-Reg. Nr. 96, Bertram, Unteroff. im Magdeb. Drag.-Reg. Nr. 6, zu Fähnrichs befördert. — Abschiedsbewilligungen. Im aktiven Heere: von Spörcken, Oberlt. im Kür.-Reg. von Seydlitz (Magdeburg.) Nr. 7, gleichzeitig zu den Offizieren der Landw.-Kav. 2. Aufgebots auf sein Gesuch als halbinvalide mit der gesetzlichen Pension ausgeschieden. v. Beeren, Oberstlt. z. D. und Commandeur des Landw.-Bezirks Gotha, mit der Erlaubniß zum Tragen der Uniform des Füs.-Reg. General-Feldmarschall Prinz Albrecht von Preußen (Hannov.) Nr. 73, auf sein Gesuch von seiner Dienststellung enthoben. — Im Sanitäts-Corps: Dr. Conrad, Oberarzt beim 3. Posen. Inf.-Reg. Nr. 58, unter Beförderung zum Stabsarzt, zum Bat.-Arzt bei dem 2. Bat. Anhalt. Inf.-Reg. Nr. 93 ernannt. Dr. Born, Assist.-Arzt beim Kadettenhause in Naumburg a. S., Dr. Retzlaff, Assist.-Arzt beim Anhalt. Inf.-Reg. Nr. 93, zu Oberärzten; Dr. Szubinski, Unterarzt beim 6. Thür. Inf.-Reg. Nr. 95, zum Assist.-Arzt; Endlich, Dr. Graffunder, Assist.-Aerzte der Ref. in Weimar, Dr. Schmidt, Assist.-Arzt der Ref. in Stendal, zu Oberärzten; Dr. Brandmann, Unterarzt der Ref. in Gera, Dr. Weißbach, Unterarzt der Ref. in Weimar, zu Assist.-Aerzten befördert. Dr. Junius, Oberarzt der Ref. in Königsberg, als Oberarzt im aktiven Sanitäts-Corps, und zwar mit Patent vom 16. Oktober 1900 beim Inf.-Reg. Fürst Leopold von Anhalt-Dessau (1. Magdeburg.) Nr. 26 angestellt. Dr. Stolle, Stabs- und Bat.-Arzt des 2. Bat. Anhalt. Inf.-Reg. Nr. 93, mit der gesetzlichen Pension der Abschied bewilligt.

f. **Dessau**, 21. Mai. [Ein Rabatt-Sparverein] hat sich hier für unsere Stadt und deren Umgegend gebildet. Er zählt bereits über 100 Mitglieder, darunter die angesehensten Firmen.

* **Dessau**, 21. Mai. [Aus dem Amte entlassen] wurde der Kanzleigehilfe Sch. von der hiesigen Polizeiverwaltung, weil er Privatverhältnisse, von denen er dienstlich Kenntniß hatte, in unwürdiger Weise zu seinem Vortheil ausnutzte.

p. **Köthen**, 21. Mai. [Plötzlich irrsinnig] wurde gestern ein aus Zerbst gebürtiges Dienstmädchen. Ihr Zustand zeigte sich gemeingefährlich, die Polizei brachte sie daher im Kreiskrankenhause unter.

f. **Weimar**, 11. Mai. [Zum Kampf gegen die Schwindsucht.] Der Vertreter des meiningischen Ministeriums Prof. Leubuscher aus Meiningen hat auf dem zur Zeit in unserer Stadt abgehaltenen III. Kongreß für Schulgesundheitspflege mitgetheilt, daß die tuberkulösen Kinder im Herzogthum Meiningen vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. Lebhafter Beifall folgte dieser Mittheilung.

* **Jena**, 21. Mai. [Lachszucht. — Originelle Neuerung.] Die Lachszucht in der Saale macht alljährlich größere Fortschritte. Auch in diesem Jahre sind durch den Thüringer Fischereiverein Tausende von Brutlachsen zur Aussetzung gelangt. — Eine praktische Neuerung ist im „Gasthof zur Sonne“ in Betrieb genommen. Um den Weg von der Küche über den Hof nach dem Garten abzukürzen und ein vorzeitiges Abkühlen der Speisen zu vermeiden, hat der Besitzer, Herr Kayser, einen heizbaren Speisewagen nach eigenen Angaben bauen lassen, der auf Schienen läuft und durch richtig vertheiltes Auf- und Absteigen der Fahrbahn sich fast selbstthätig bewegt. Die Heizung ist so sinnreich eingerichtet, daß auch bei längerem Stehen die Speisen ihre Frische und ihren Saft völlig behalten. In den Pfingsttagen hat der Speisewagen seine Feuerprobe glänzend bestanden.

w. **Rudolstadt**, 21. Mai. [Erziehung zum Verbrecher.] Heute schlug ein Schulknabe auf der Straße ein etwa siebenjähriges Mädchen ohne die geringste Veranlassung mit einem derben Stock ins Gesicht. Das getroffene Kind erlitt eine starkblutende Wunde an der Stirn und kleinere Verletzungen an Mund und Nase. Der Vater des rohen Knaben nahm seinen Sohn noch in Schutz, anstatt ihm die gebührende Züchtigung zu theil werden zu lassen.

* **Sondershausen**, 21. Mai. [Finanzielles.] Ein Berliner Bankhaus steht mit dem Schwarzb.-Sondershäuser Staatsrath Budde in Verhandlung wegen Uebernahme einer Direktorstellung.

Kursberichte der Halleschen Bankfirmen vom 22. Mai.

	Dividende für	%	Zinstermin	Zinsfuss	Kursnotiz
Hall. konv. 3½% Stadt-Anl. v. 1882	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,50G
" 3½% Theater-Anl. v. 1884	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	98,25B
" 3½% Stadt- " " 1886	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,50G
† " 3½% " " " 1892	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,30B
" 4% " " " 1900	—	—	1.1. u. 1.7.	4	103,70B
Akener 3½% " " . . .	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
Erfurter 3½% " " v. 1888	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	99,00B
Erfurter 4proz. Stadt-Anl. " 1900	—	—	1.4. u. 1.10.	4	— —
do. do. do. " 1901	—	—	1.4. u. 1.10.	4	— —
Halberstädter 3½% " " . . .	—	—	1.4. u. 1.10.	3½	93,50G
Naumburger 3½% " v. 1889	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	— —
do. 4% " " 1900	—	—	1.1. u. 1.7.	4	102,50G
Landschaftl. 3½% Central-Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,50B
Sächsische 4% landschaftl. Pfandbr.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	103,50G
" 3½% " " "	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,50B
" 3% " " "	—	—	1.1. u. 1.7.	3	89,00B
" 3½% Provinzial-Anleihe	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	99,00B
Halle-Hettstedter 3½% Oblig. .	—	—	1.4. u. 1.4.	3½	95,50B
do. do. 4½% " .	—	—	1.4. u. 1.7.	4½	102,90B
Hallesche Strassenbahn 4% Obl. .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	96,00B
Hallesche Union, Maschinenfabr., 6% Obl. mit 103 Proz. rückz. .	—	—	1.1. u. 1.7.	6	— —
Knappsch.-Berufsgen. 4% Anl. . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	102,50G
do. 4% Anl. unkdb. bis 1904 . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	102,50G
Unstrut-Reg. 3½% Obl. (Bretleben-Nebra)	—	—	1.1. u. 1.7.	3½	97,50G
Bernb. Masch.-Fabr. 4½% Obl. rckz. 103	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	— —
Cröllw. A.-Papierfabr. 4% IIyp.-Anl.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	99,25G
Eisenacher 4½% Kammgarnspinnerei Oblig rückz. mit 102 Proz.	—	—	1.4. u. 1.10.	1½	— —
F. Zimmermann & Co. M. 4% II. A. .	—	—	1.4. u. 1.10.	4	95,00B
Körbisdorf, Zuckerfabrik 4% "	—	—	1.4. u. 1.10.	4	— —
Waldauer Braunkohlen 4% "	—	—	1.4. u. 1.10.	4	100,50G
do do. Oblig v. 1902	—	—	1.4. u. 1.10.	4	99,75G
Sächs.-Thür. Braunk. V. 4% Schuldv.	—	—	1.1. u. 1.7.	4½	100,00G
do. II. rückz. mit 102 Proz.	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,50G
Wersch.-Weissenf. Brk. 4% Obl 1890	—	—	1.4. u. 1.10.	4	100,00B
Wersch.-Weissenf. Brk. 4% " 1898	—	—	1.1. u. 1.7.	4	100,00B
Zeitzer Paraff. u. Solarölfabrik 4% Schuldv. unkündb. bis 1904 . .	—	—	1.1. u. 1.7.	4	99,50G
Hallesche Bankvereins-Aktien .	1901	7⅔	1.1.	4	148,25G
Spar- und Vorschuss-Bank-Aktien	1901	3	1.1.	4	67,00B
Ammendorfer Papierf.-Akt. . . .	1900/01	10	1.7.	4	128,50G
Cröllwitz. Akt.-Papierfabrik-Akt.	1900/01	18	1.7.	4	220,00B
Cönnern, Malzfabrik-Aktien. . .	1900/01	12½	1.7.	4	— —
Dörstew.-Rattmannsd. Braunk. I.-A.	1900/01	4	1.7.	4	— —
do. Vorzugs-Aktien	1900/01	5	1.7.	4	99,00B
Eilenburger Kattun-Manufakt.-Akt.	1900/01	3	1.6.	4	— —
Feldschlösschen Brauerei-Aktien	1900/01	0	1.10.	4	50,00B
Glauzig, Zuckerfabrik-Aktien . .	1900/01	11	1.6.	4	— —
Halle-Hettstedt. E.-A., L.A.g. 3½%	1900/01	3½	1.4.	4	80,00B
Hallesche Akt.-Bierbrauerei-Akt.	1900/01	4	1.10.	4	95,00B
Hallesche Maschinenfabrik-Aktien	1901	28	1.1.	4	— —
Hallesche Strassenbahn-Aktien .	1901	0	1.1.	4	— —
Hallesche Portland-Cement-Fabr.	1901	0	1.1.	4	— —
Hildebrand'sche Mühlenw.-Akt. .	1900/01	7¼	1.7.	4	143,50B
Körbisdorf, Zuckerfabrik-Aktien .	1901/02	4	1.9.	4	— —
Kyffhäuser Hütte Aktien . . .	1901	20	1.1.	4	163,00G
Landsberg. Malzfabrik-Aktien .	1900/01	11	1.7.	4	— —
Naumburger Braunkohlen-Aktien	1900/01	18	1.4.	4	178,00G
Niemberg, Malzfabrik-Aktien . .	1900/01	9½	1.9.	4	— —
Nienburger Schlossmälzerei-Akt. .	1900/01	0	1.9.	4	85,00G
Riebeck'sche Montanwerke-Aktien	1901/02	12	1.4.	4	196,00G
Sächs.-Thür. Braunk.-St.-Aktien	1901	8	1.1.	4	134,00B
Sächs.-Th. Braunk.-St.-Pr.-Akt.	1901	8	1.1.	4	135,00G
Waldauer Braunkohlen-St.-Aktien	1901/02	15	1.4.	4	250,00G
Wegelin & Hübner, A.-G.-Aktien	1900/01	12	1.1.	4	148,00G
Werschen-Weissenf. Braunk.-Akt.	1901/02	14	1.4.	4	220,00G
Zeitzer Maschinenb.-Akt. (Schnede)	1900/01	20	1.7.	4	— —
Zeitzer Paraff.- u. Solarölfabr.-Akt.	1900/01	11	1.4.	4	126,00G
Zuckerraffinerie Halle Aktien . .	1900/01	20	1.10.	4	152,50G
Bruckd.-Nietl. Bergb.-Ver. Kuxe*	—	—	ohne Zs.	o. Z.	— —
Konsolidirte Pfännerschaft Kuxe*	1901	25M	"	"	330,000

Die Kurse der mit * bezeichneten Papiere verstehen sich in Mark für ein Stück. † Kl. 99,50 bz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020521025/fragment/page=0003

H. Steinmetz
Photograph
jetzt Alte Promenade 1b
Café Monopol.
13 Visit von **5** Mark an,
13 Cabinet „ **10** „ „

Zähne in Gold, Aluminium, eig. D. R. G. M., u. Kautschuk. Reparaturen und Umarbeitungen in 3–6 Stunden.
Zahnziehen schmerzlos (ohne allg. Betäubung). **Netz, Geiststr. 15,** I., Adler-Apotheke, Eingang Breitestraße.

Buchführung,
dopp. ital. 25 M. — einf. 15 M. — Einzel-Unterricht. Revisionen, Monats- und Jahres-Abschlüsse, Inventuren u. vollständige Neueinrichtung der Bücher übernimmt **F. C. Beyer,** Buchhalter, Meckelstraße 6, III.

Damen-Kopfwäsche
(Shamponiren) mit elektrischer Haartrockenmaschine ist die gesündeste Reinigung u. Pflege der Kopfhaut und des Haares.
H. Zeutschler,
Special-Geschäft f. Haarpflege u. Damenfrisuren. Magdeburgerstr. (Grand-Hotel)

Wäsche-Ausstattungen,
auch einzelne Sachen zum Besticken mit Monogramms von den einfachsten bis allerfeinsten Ausführungen nach großer Musterauswahl incl. Verzeichn. übernimmt **Thomasiusstr. 8,** III. r.

Stickereien zur Wäsche
in großer Auswahl empf. zu wirklichen Fabrikpreisen **Thomasiusstr. 8,** III. r.

Anzugstoffe.
Neuheiten in guter Qualität für Herren und Knaben, Billardtuch und feine farbige Damentuche zu eleganten Promenadenkleidern versendet billigst, auch einzelne Meter. Proben frei! **Max Niemer, Sommerfeld,** N.-L.

Grude-Kochöfen
verschiedener Systeme
empfiehlt billigst
Christian Glaser,
Gr. Klausstraße 24.

Altbewährte Specialität!
Rhein-Sekt
garantirt aus Traubenwein, brillant moussirend, offerirt bei Abn. in Kisten von 12–60 Fl. à 1/1 Fl. mit 1 Mk. inklusive Emballage vor der am 1. Juli 1902 in Kraft tretenden **Schaumweinsteuer.**
2/1 Probefl. 3 Mk. frei per Nachnahme.
Rheinische Sektkellerei
Curt Kramer, Leipzig-Co. 137.
Rühmende Anerkennungen u. regelm. Nachbestellungen aus besten Kreisen.

2 Bierwagen (Bierroller), **Leiterwagen, 1 Rollwagen** mit eisernen Rungen sofort preiswerth zu verkaufen durch **Wilh. Göricke,** Magdeburgerstr. 11.

Mehrere Tausend
Reste
von ganzwoll. **Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Besatzstoffen u. Waschstoffen,** ferner von **Elsasser Baumwollenwaaren, Leinen, Bettzeugen, Inlettstoffen, Flanellen, Barchenten, Gardinen, Möbelstoffen, Seidenband, Spitzen, Stickereien, Posamenten** etc. etc.
welche sich während der Frühjahrs-Saison angesammelt haben, sind mit den
allerbilligsten Restpreisen
deutlich versehen
zum Verkauf ausgelegt.
Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.
Meine Schaufenster (Geschäftshaus Marktplatz 3) empfehle einer geneigten Beachtung.

Fahrräder.
Naumann's Germania,
Victoria, Staffelrad (kettenlos) mit und ohne Freilaufnabe
Neuheit 1902.
Reichhaltiges Lager in Zubehörtheilen.

Motorwagen.
Vertreter: Motorfahrzeugfabrik
Cudell & Co., Aachen.
Original de Dion Bouton-Motore
Puteaux (Frankreich).
Motor-Zwei- und Dreiräder.

Halle a. S. **Otto Giseke Nachf.,** Inh.: Oscar Schilf, Gr. Steinstr. 83, Part. u. 1. Etage.
Reparatur-Werkstatt für Fahrräder, Nähmaschinen, Motorwagen. (Eigene Emaillirung).
Tennis-Plätze. — Radfahrbahn Giseke, Dessauerstr. 2, am Roßpl. Fahrunterr. ohne Kaufzwang.
Vertreter der Firma Seidel & Naumann, Dresden.

Vom 24. bis 28. Mai
werde ich in
Halle a/S., Hôtel Stadt Hamburg,
anwesend sein, um
künstliche Augen
direct nach der Natur für Patienten zu fertigen.
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus **Wiesbaden.**
Neue Erfindung: Müllers Reform-Augen D. R. G. Musterschutz.

Kein Göpel mehr, kein Handbetrieb!
Petrol-Spiritus-Benzin-Gas-
Im Betrieb billigster Motor der Gegenwart.
Von Jedermann leicht zu bedienen.
Fahrbare Motore!

mit elektrischer Zündung.
Mehr als **2000** Stück im Betrieb.
Motor „Gnom".
Motorenfabrik Oberursel Act.-Ges.
Oberursel bei Frankfurt a. M.
Prospecte, Zeugnisse etc. kostenfrei.

Grund im Harz. Dr. Meyer's Kurhaus, der Neuzeit entsprech. eingerichtet. Römer's Hôtel Rathhaus, I. Ranges. Gute Preise. Neue illustr. Prosp. v. Beiden bch. Römer's Hotel, Grund i. H. 18.

Pianinos u. Flügel,
gebraucht, aber gut reparirt, in allen Preislagen, empfiehlt
Julius Blüthner,
Piano-Magazin, Poststraße 21, I.

Rhenser Mineralbrunnen
Rhens am Rhein
Ein vorzügliches Tafelwasser und bewährtes diätetisches Getränk. — Wohlschmeckend, sehr erfrischend, gesund, leicht verdaulich u. haltbar. Von zahlreichen Aerzten erprobt und geschätzt. Jahresversand: 5 Millionen Füllungen.
Niederlage bei:
Helmbold & Comp.

Knorr's Fabrikate,
wie:
Knorr's Hafermehl beste Kindernahrung
Knorr's Hafergrütze
Knorr's Grünkernmehl
Knorr's Erbsenmehl
für vorzügliche Schleimsuppen
Knorr's Erbswurst für delicate Erbswurstsuppen
Knorr's Suppentafeln nur mit Wasser zuzubereiten
empfiehlt seiner werthen Kundschaft:
Ernst Ochse, Leipzigerstrasse.

Lausitzer Brikets
Salon mit Mk. 98.—, Industrie mit Mk. 96.— 200 Centner franco Hier werden in großen Posten abgegeben. Adressen erbeten unter **T. 296** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Halle a. S.**

Wohlfahrts-Lotterie
Ziehung 27.–31. Mai.
100000 M.
50000 M.
25000 M.
Originalloose à M. 3,50. Porto und Liste 30 Pfg.
Marienburger Pferdeloose
Ziehung 6. Juni.
à 1 M. 12 St. 10 M. 30 St. 25 M.
Porto und Liste 30 ₰
Georg Prerauer
Berlin W., Mohrenstr. 8.

Alleinvertretung der Vereinigten Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H. zu Berlin.
Schreib-Maschine

Caligraph.
Das Beste der Branche.
Karl Pritschow, Halle S.
Bernburgerstr. 28. Fernspr. 795.
Papiere und Ersatztheile für Schreibmaschine u. Vervielfältigungs-Apparat „Cyclostyle" stets vorräthig.
Contormöbel.
Muster im Gebrauch bei mir zur Ansicht.

Adreßbuch für Halle S. 1902.
35. Jahrgang. Mit großem Stadtplan, großer Karte der Umgegend, dauerhaft in Leinen gebunden 3 Mk.
Verlag des Adreßbuches f. Halle
Otto Hendel.
Zu freier Benutzung stehen in unseren Geschäftsräumen
Gr. Brauhausstraße 17
zur Verfügung
die Adreßbücher
einer Reihe der bedeutendsten deutschen Städte,
das große
Deutsche Reichs-Adreßbuch, Verkehrshandbücher, Telephon-Adreßbuch des Deutschen Reiches 1902 u. s. w.

Kranken-Fahrstühle
empf. **C. Köhler,** Gr. Steinstr. 9.

Waschgefäße
dauerh., bill. Zander, Gr. Klausstr. 12.

Briefumschläge
mit u. ohne Druck i. viel. Sorten lief. bill. die Fabrik von **Muster franco!**
L. Keseberg, Hofgeismar 12.

Thee neuester Ernte
Melange à M. 4, 6,
Souchong à M. 3, 4, 5,
Grus-Thee à M. 2,
Messmer-Thee } in div. Preislagen.
Russ. Karawanen-Thee }
A. Krantz Nachf., Gr. Steinstrasse 11. Fernspr. 2064.

Auctionen.

Auction.
Freitag den 23. ds., Vormittags ½11 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 meistbietend gegen Baarzahlung: Plüschgarnitur, Sopha, Kleidersekretär, Kommode m. Glasaufsatz, 4 Bettstellen m. Matr., Kommode, 2 Küchenschr., Ausziehet., Stühle, Nähmasch., Waschtisch m. Marmorplatte, Federbetten, Wäsche 2c. 2c.
1 Musikautomat (wie neu, 5 ₰ Einwurf).
J. Stemmler,
gerichtl. vereid. Taxator u. Auctions-Commissar, Kl. Ulrichstr. 32.

Auction.
Sonnabend den 24. ds. Mts., Nachmittags 2 Uhr versteigere ich Landwehrstr. 21 eine vollständige Restaurations-Einrichtung, als: kompl. 2seitigen Bierapparat, 1 Billard mit Zubehör, 1 Pianino, 1 Buffetschrank, fast neuen, großen
Musik-Automat
mit elektrischem Betriebe, 1 Kleider-, 1 Küchenschrank, Bettstelle mit Matratze, Restaurationstische und Stühle, Bilder, Spiegel, Gardinen, Gläser u. u. v. a. Sachen meistbietend gegen Baarzahlung.
Oscar Knoche, beeid. Auctionator, Gr. Steinstraße 63.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: H. Wechslung in Halle.
Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.
Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020521025/fragment/page=0004